



Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland

Presse, Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

Berlin, 16. Januar 2003

Zeichen: Z1

Telefon: (0228) 501 -611

Telefax: (0228) 501 - 608

mail: presse@kmk.org

Sekretariat der
Kultusministerkonferenz

Lennéstraße 6
53113 Bonn

Postanschrift:
Postfach 2240
53012 Bonn

Telefon:
(0228) 501-0

Telefax:
(0228) 501-777

Internet:
www.kmk.org

Berliner Büro
im Wissenschaftsforum
am Gendarmenmarkt
Markgrafenstraße 37
10117 Berlin

Telefon:
(030) 25418-3

Telefax:
(030) 25418-450

**Antrittsrede
der hessischen Kultusministerin,

Staatsministerin Karin Wolff,

anlässlich der Übernahme
der Präsidentschaft der Kultusministerkonferenz**

**am 16. Januar 2003
im Festsaal des Bundesrates in Berlin**

Sperrfrist 16. Januar 2003, 12.00 Uhr

– Es gilt das gesprochene Wort –

Meine Damen und Herren,
sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen,

ich begrüße Sie herzlich in Berlin. Erstmals findet die Übernahme einer Präsidentschaft der KMK in der Hauptstadt statt. Das finde ich richtig und gut – es entspricht der gewachsenen Bedeutung der Bildungspolitik und stellt sie in den Mittelpunkt.

Bevor ich Ihnen einige Überlegungen über die bildungs- und schulpolitischen Schwerpunkte der vor uns liegenden Zeit vortrage, grüße ich zunächst meine Vorgängerin. Sie, verehrte Kollegin, liebe Frau Prof. Schipanski, hatten im vergangenen Jahr eine der schwierigsten Aufgaben zu meistern, die in der föderal verfassten Bundesrepublik vergeben werden.

Sie hatten einer kritisch gestimmten Öffentlichkeit die Ergebnisse der Ländervergleichsuntersuchung PISA-E zu erläutern. Sie haben die Position der Länder in einer vom Bundestagswahlkampf bestimmten Phase der Aufregungen offensiv vertreten. Das politische Gewicht der Länder hat dabei nicht ab-, sondern es hat zugenommen.

Und vor allem:

Uns ist es unter Ihrer Präsidentschaft gelungen, die Weichen für eine zukunftsfähige Schulpolitik in Deutschland zu stellen. Für Ihr Engagement, Ihre faire Geschäftsführung und die souveräne Vertretung nach außen danke ich Ihnen im Namen aller Kolleginnen und Kollegen der Kultusministerkonferenz ausdrücklich.

Anrede,

Ich freue mich darüber, als Nachfolgerin von Frau Schipanski das Amt der KMK-Präsidentin in einer so wichtigen und interessanten Phase übernehmen zu können, in der die Bildungspolitik vor neuen Herausforderungen steht und in der sie eine zusätzliche Gewichtung erhält.

Internationale Vergleichsuntersuchungen stellen uns vor neue Aufgaben

Anrede,

nach wie vor wird die bildungspolitische Diskussion stark von den internationalen Vergleichsuntersuchungen und den dabei ermittelten Daten bestimmt.

Mir liegt zunächst an einer Hervorhebung:

Diese Daten gibt es, weil die KMK sie haben wollte. Wir wollten und wollen Klarheit und Transparenz. Wir wollten und wollen auf diesen Prüfstand.

Zur Reminiszenz: Wir haben uns eben nicht an denen orientiert, die gesagt haben: "Das Schwein wird durch Wiegen nicht fett". Das ist ebenso richtig wie: Der Patient wird durch die Blutanalyse nicht gesund. Natürlich nicht. Aber die tiefgreifende, auf empirische Daten sich stützende Analyse ist Voraussetzung für zielgerichtetes Handeln.

Weil wir Klarheit und Transparenz wollen, wird auch die Arbeit im kom

menden Jahr von Vergleichsuntersuchungen geprägt sein, vom Fortgang der einen, von Ergebnissen und weiteren Auswertungen der anderen:

- von den thematischen Ergänzungsberichten zu PISA I (interessant besonders der Zusammenhang von sozialer Herkunft und Schulleistungen, Lesekompetenz);
- von der vertiefenden Analyse von PISA-E; von der internationalen Grundschuluntersuchung (PIRLS/IGLU), von der wir im April 2003 wichtige Daten zum Leseverständnis am Ende der Grundschulzeit erwarten; damit kommt – und ich halte das für dringend notwendig – die Grundschule in den Blickpunkt, also die Schulform, in der die Grundlagen gelegt werden müssen; wir brauchen abgesicherte Daten, ob dies tatsächlich gelingt;
- für PISA II wird die Hauptuntersuchung mit dem Schwerpunkt Mathematik durchgeführt, ergänzt um einen Lehrerfragebogen.

Ich möchte hervorheben, dass Deutschland damit bei den Erhebungen zur Lehrerexpertise Vorreiter ist!

- und nicht zuletzt wird uns die DESI-Untersuchung Erkenntnisse über die konkrete Unterrichtssituation liefern.

Wie gehen wir mit diesen Ergebnissen richtig um? Die KMK hat nach Veröffentlichung der ersten PISA-Resultate ein Maßnahmenpaket vorgelegt, das jetzt in den einzelnen Ländern abgearbeitet wird.

Die KMK ist eben besser als ihr Ruf – und jedenfalls schneller und wirksamer als viele Kritiker gerne behaupten.

Wenn weitere Daten vorliegen, muss im Licht dieser Ergebnisse über die

Folgerungen und zusätzliche Maßnahmen entschieden werden.

Auch dabei gilt wieder: Uns helfen keine Schnellschüsse oder angebliche Wundermittel, keine Debatten über Zuständigkeiten und Systeme.

Wir brauchen sorgfältig erwogene Einzelschritte. Die Wirkung dieser Maßnahmen muss geduldig abgewartet werden. Die Probleme sind nicht über Nacht entstanden. Sie lassen sich nicht mit einem Knopfdruck beseitigen.

Gemeinsam muss einer verfehlten Erwartung entgegengewirkt werden, bereits im nächsten Jahr könne mit besseren Resultaten gerechnet werden.

Es gilt nach dem häufig zitierten Satz Max Webers geduldig dicke Bretter zu bohren – und zwar mit Leidenschaft (damit niemand meint, es ginge mit gebremstem Einsatz) und Augenmaß zugleich!

An einer weiteren Anmerkung liegt mir: PISA, TIMSS und die übrigen Untersuchungen liefern wichtige Erkenntnisse über die Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler in wesentlichen Bereichen. Aber sie bieten kein Gesamtbild des deutschen Bildungswesens.

Das ist vielfältiger und leistungsfähiger als es die Öffentlichkeit im Moment wahrnimmt. Ich wäre dankbar, wenn man sich mit der gleichen Intensität der Berichterstattung über die Stärken widmen würde wie der über die Schwächen, wenn Schatzsuche ebenso betrieben würde wie die Suche nach Defiziten, aber auch die Bedeutung anderer Fächer wie etwa Geschichte, Musik nicht aus dem Blick gerät.

Aufgrund der neuen Erkenntnisse hat sich auch eine Neubestimmung der bildungspolitischen Tagesordnung ergeben, sind neue Prioritäten gesetzt worden. Ich will einige Schwerpunkte hervorheben:

1. Frühe Förderung

Für eine gelingende Bildungsbiographie werden die Grundlagen früh gelegt.

Wir stehen damit vor einem deutlichen Wandel, denn die Förderung muss früher ansetzen, als es bisher praktiziert und für wünschenswert angesehen wurde. Wissenschaftliche Erkenntnisse verlangen diese Umstellung.

Aus der Hirnforschung ist bekannt, dass die Ausbildung des Hirns und seiner Funktionen abhängig ist von Signalen und Erfahrungen, von Sinnesreizen aus der Umwelt. Nervenverbindungen werden so hergestellt oder auch nicht. Die Entwicklung von Fähigkeiten kann dauerhaft verschüttet werden! Für die Entwicklung von Fähigkeiten gibt es bestimmte zeitliche Fenster, die dafür besonders günstig sind und genutzt werden müssen. Es kommt also darauf an, zur rechten Zeit das Richtige anzubieten. Viel findet bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt in der kindlichen Entwicklung statt, also vor der Schulzeit. Etwas davon schwingt in der alten Weisheit mit: Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr.

Das bestätigt noch einmal die wichtige Rolle von Eltern und Familie. Es bedeutet eben, dass von der Vorstellung Abschied genommen werden muss, frühes Lernen sei schädlich oder eine Überforderung.

Konsequenzen sind im Kindergarten und in der vorschulischen Erziehung zu ziehen.

Konkret: Wir streben eine Verständigung über die Inhalte eines Bildungscurriculums für Kinder an, an dem sich die Träger der verschiedenen Einrichtungen orientieren können.

Für das Ende der Grundschulzeit ist ein Übergangsprofil zu bestimmen. Die Grundschule muss wissen, wohin sie die Kinder führen muss. Ein veränderter Lehrplan und Orientierungsarbeiten sollen die Qualität der Grundschulbildung sichern. Auch an die Weiterentwicklung des Berufs der Erzieherinnen und Erzieher und einer Neudefinition ihrer Tätigkeit, die sich in einer veränderten Ausbildung niederschlagen muss, ist zu denken.

Wenn die Länder zu diesem Ziel auf unterschiedlichen Wegen gelangen wollen, bin ich dafür sehr offen.

2. Sprachkenntnisse sichern

Mit aller erforderlichen Deutlichkeit hat PISA gezeigt, dass die Hauptursache für fehlenden schulischen Erfolg, für unzureichende Chancen auf dem Arbeitsmarkt und für hohe Arbeitslosigkeit bei jungen Menschen "mit Migrationshintergrund" fehlende Sprachkenntnisse sind. Hieran scheitert die Integration.

Über die Konsequenz dürfte Einigkeit bestehen: Kinder müssen die für die Mitarbeit in der Schule erforderlichen Sprachkenntnisse bereits vor Aufnahme in die Schule erwerben. Die in meinem Bundesland dafür eingerichteten Vorlaufkurse erfreuen sich einer großen Resonanz. Das ist einer der vielen Punkte, an denen sich zeigen lässt, dass nach PISA sehr viel passiert ist!

Niemand kann übersehen, dass auch deutsche Kinder eingeschränkte Sprach- und Kommunikationsfähigkeiten aufweisen. Als nächste Stufe ist daher die besondere Förderung dieser Kinder anzugehen.

Wie generell stärker darüber nachzudenken ist, ob nicht auch während der Schulzeit für bestimmte Schülergruppen besondere Fördermaßnahmen über den normalen Unterricht hinaus erforderlich sind.

3. Leistung und Anstrengung fordern

Leistung und Anstrengung sind die zwei für die künftige Gestaltung des Schulwesens wesentlichen Orientierungspunkte. Die Schule muss davon gekennzeichnet sein.

Leistungsansprüche müssen und können gestellt werden. Denn wer fordert, fördert zugleich. Im Vergleich zu anderen Ländern werden die deutschen Schülerinnen und Schüler ganz gewiss nicht durch zu hohe Forderungen und Ansprüche belastet. Nun liegt es aber in der menschlichen Natur, sich nicht mehr abzuverlangen, wie zur Erreichung eines Ziels erforderlich ist bzw. verlangt wird. Deshalb ist es kein Wunder, wenn bei niedrigen Anforderungen auch weniger geleistet wird.

Mit meiner Forderung nach höheren Ansprüchen befinde ich mich in der angenehmen Gesellschaft von Jürgen Baumert, Johannes Fried, Hans Joas, Jürgen Mittelstraß und Wolf Singer, die in ihrem Manifest zur Bildungspolitik (veröffentlicht in einem Band „Zukunft der Bildung“, der von Linda Reisch mitherausgegeben wurde) formulieren:

„Den Ansprüchen an alle dürfen nach oben keine Grenzen gesetzt werden. Wir müssen erkennen, dass das Absenken der Ansprüche unser Bildungssystem einschließlich dem Ziel der Chancengleichheit durchgehend geschwächt hat.“ (S. 204)

Ich kann auch die Anmerkung zur Chancengerechtigkeit, wie ich es lieber nenne, nur unterstreichen. Denn – wie auch Frau Kollegin Dr. Schavan in ihrem jüngsten Buch hervorgehoben hat – soziale Ungleichheiten fallen dort schwächer aus, wo deutlich auf Leistung gesetzt wird. Wenn Leistung zählt, setzen sich die durch, die Leistung bringen. Deshalb darf man keine Situation zulassen, in der sich der Eindruck festigt, es ginge auch ohne Leistung. Das hilft nur denen, die bessere Startvorteile haben. Die Geltung des Leistungsprinzips baut soziale Selektivität ab!

4. Mehr Sorge um den Einzelnen

Leistung ist ein individuelles Merkmal. Dass sie so wenig beachtet wird, ist ein Zeichen für einen generellen Mangel: den unzureichenden Blick für den Einzelnen. Es muss wesentlich mehr Aufmerksamkeit auf Stärken und Schwächen der einzelnen Schülerinnen und Schüler gerichtet werden. Besonders bei Schwächen brauchen sie gezielte Hilfen, um den Anschluss wiederzugewinnen. Sie dürfen nicht vorschnell abgeschrieben, sondern müssen an die Lerngruppe wieder herangeführt werden.

Von einer intensiveren Förderung verspreche ich mir, dass die hohe Anzahl der Sitzenbleiber und der Jugendlichen ohne Schulabschluss reduziert werden kann. Denn ein Jugendlicher ohne Abschluss geht bereits mit einem Handicap auf den Weg. Ziel muss es sein, jedem zu dem Abschluss zu verhelfen, den er aufgrund seiner Begabung erreichen kann.

5. Lesekompetenz verbessern

Lesen ist eine grundlegende Kompetenz für die Bewältigung des Lebens, für Kommunikation und Lernen. Wer nicht lesen kann, ist ausgeschlossen. Der kompetente Leser erzielt auch in den nichtsprachlichen Fächern wie z.B. Mathematik und Naturwissenschaften bessere Resultate.

PISA hat uns gezeigt, wie sehr es an der Vermittlung elaborierter Lesefertigkeiten und auch an der Lesemotivation mangelt. Von PIRLS/IGLU erwarten wir uns weitere Aufschlüsse über Leseverständnis und Leseintentionen am Ende der Grundschulzeit. Dadurch werden Grundlagen für weitere Entscheidungen geschaffen.

Gerade beim Lesen muss die Bedeutung des familiären Umfelds und der frühen Begegnung mit Büchern hervorgehoben werden. Vorlesen ist wichtig, auch im Kindergarten, im Elternhaus und in der Schule. Die Stiftung Lesen wirkt hier – auch als Partner von Kultusministerien – nachhaltig. Lesende Eltern haben Vorbildfunktion.

Aus dem weiten Feld der schulischen Leseförderung greife ich nur ein Beispiel heraus:

In der Schule ist auf eine lesefreundliche Umwelt zu achten. Dazu zählt auch eine gut zugängliche und ausgestattete Schulbibliothek.

In ihr müssen natürlich neue Medien, Computer und Internetanschluss zur Verfügung stehen, damit sie als Wissens- und Recherchezentrum einer Schule dienen kann. Sie ist der ideale Ort für selbstständiges Lernen. Schülerinnen und Schüler lernen hier, welche Medien für welche Zwecke am hilfreichsten sind. Das gehört zur Medienerziehung. Schulbibliotheken

kommen besonders denen zugute, die zu Hause weniger Bücher vorfinden, also den Kindern aus sozial benachteiligten oder bildungsfernen Schichten. Deshalb ist Leseförderung durch Schulbibliotheken zugleich ein Beitrag zum Abbau sozialer Selektivität.

Und nicht zuletzt deshalb müssen Schulbibliotheken konstitutiver Bestandteil von Ganztagschulen sein.

Leider fehlt es an vielen Schulen daran – oder sie sind nur dürftig ausgestattet. Darüber muss mit den Schulträgern gesprochen werden. Dies ist aber auch und mehr noch ein Thema der Verteilung der Steueranteile in unserem Staat.

6. Ganztagschule

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang hervorheben, dass ich die Ganztagschule für ein wichtiges und begrüßenswertes bildungspolitisches Angebot halte.

Sie kann der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der besonderen individuellen Förderung von Schülerinnen und Schülern dienen. Hier gibt es einen gesellschaftspolitischen Bedarf, den wir sehen und dem wir entsprechen müssen. Gute Arbeit in der Ganztagschule wird – ebenso wie gute Arbeit in jeder anderen Organisationsform – gute Resultate erbringen helfen. Die Ganztagschule braucht eine solide pädagogische Basis, die in den Ländern geschaffen wird. Eine finanzielle Unterstützung ist willkommen.

Aber man darf auch nicht den Eindruck erwecken, mit einem einmaligen

Zuschuss oder einer Anschubfinanzierung sei es getan. Auch die Personalkosten und die laufenden Kosten der Zukunft müssen bedacht werden.

Ich unterstreiche hier: Die angekündigten Mittel aus dem Bundeshaushalt müssen jetzt bald fließen, wenn sie im kommenden Schuljahr noch wirksam werden sollen. Es ist jetzt Sache der Bundesregierung, hier Klarheit zu schaffen und die Fördermittel ohne einengende Bedingungen bereitzustellen.

7. Qualitätssteigerung

Empfehlenswert ist dabei ein Blick auf die internationale Ebene und die Erfahrungen anderer Länder.

Die besseren Resultate einiger Länder sind nicht das Resultat der dortigen Schulsysteme. Denn diese Systeme haben vor einigen Jahren noch deutlich schlechtere Resultate erbracht. Wegen dieser schlechten Ergebnisse hat man dort Reformen eingeleitet. Deren gemeinsamer Nenner war: mehr Selbstständigkeit der Schulen innerhalb eines verbindlichen Rahmens, mehr definierte Standards, mehr und qualifiziertere Kontrolle des Erreichens der Standards. Diese Reformen haben qualitative Verbesserungen bewirkt.

Wir sind gut beraten, uns daran zu orientieren (und eben keine Strukturdebatten zu führen).

Qualität durch Verabredung von Standards

- Qualität bedarf eines Maßstabs oder einer Bezugsgrundlage, wenn ich sie messen will. Das ist der Ansatzpunkt der Standarddiskussion.

Standards sind die inhaltliche Füllung der Qualitätsdebatte. Sie beschreiben, was die Schule zu einem bestimmten Zeitpunkt erreicht haben muss und sind so die unerlässliche Voraussetzung für Messungen, ob die Schule wirksam war. In die Standards muss das Wichtigste aufgenommen werden. Sie müssen sich an den Notwendigkeiten orientieren, dürfen also nicht anspruchslos ausfallen.

- Dabei werden Kenntnisse, Kompetenzen und Fähigkeiten beschrieben, die Schülerinnen und Schüler an den Scharnierstellen des Bildungswesens, also am Ende der Grundschule, beim Hauptschulabschluss und dem Mittleren Schulabschluss erworben haben sollen.
- Das geschieht zunächst in den Fächern Deutsch, Mathematik, Englisch, Französisch, dann aber auch für Biologie und Physik. Erste Standards werden im Sommer 2003 der Fachöffentlichkeit sowie den Hochschulen und den für die betriebliche Ausbildung zuständigen Verbänden zur Diskussion vorgelegt. Die Überarbeitung der Einheitlichen Prüfungsanforderungen für das Abitur gehört ebenfalls in diesen Zusammenhang.
- Diese Standards formulieren das gemeinsame Ziel in allen Bun

desländern.

Sie lassen Freiräume für unterschiedliche Wege in den Ländern und Länderprofile. Sie helfen zur Beseitigung der starken Leistungsunterschiede zwischen den Ländern, sichern die erforderliche Einheitlichkeit und bilden eine wichtige Garantie für Schülerinnen, Schüler und ihre Eltern, dass in allen Ländern die gleichen Kompetenzen vermittelt werden und niemand benachteiligt wird.

Die Einhaltung der Standards muss kontrolliert werden

- Standards sind sinnlos ohne Kontrolle, ob sie eingehalten und die gesetzten Ziele erreicht werden. Dazu sind Lernstandserhebungen in allen Ländern erforderlich. Deren Ausarbeitung und Auswertung muss ebenfalls länderübergreifend erfolgen und in die Hände einer unabhängigen wissenschaftlichen Institution gelegt werden.

In einigen Ländern werden Vergleichsarbeiten geschrieben und durch zentrale Abschlussprüfungen oder Prüfungen mit einem Anteil landesweit einheitlicher Aufgaben ergänzt. Das halte ich für sinnvoll.

Den Schulen, die dabei schlecht abschneiden, muss geholfen werden. Schulaufsicht und Fortbildungseinrichtungen sind gefordert.

Qualität durch Selbstständigkeit

- Die Festlegung von Standards, deren Einhaltung kontrolliert wird,

schaft die Voraussetzung für mehr Selbstständigkeit der Schulen und muss mit einer Stärkung dieser Selbstständigkeit gekoppelt werden: Die Schule kann zu dem definierten Ziel auf eigenen Wegen gelangen. Das schafft ihr Freiraum in der täglichen Arbeit. Dadurch werden die eigenen Kräfte der Schule und der Betroffenen am besten entfaltet. Die größere Selbstständigkeit kann sich auf unterschiedliche Fragen – von der Verwendung des Budgets über Lehrpläne, Stundentafel bis zur Personalauswahl erstrecken.

- Sie muss allerdings bei Qualitätskontrollen nachweisen, dass sie die gesetzten Ziele verwirklicht hat. Sie muss sich der internen und der externen Evaluation stellen und dabei bestehen. Dem größeren Freiraum entspricht somit eine höhere Verantwortung. Die Länder gehen hierbei ihre eigenen Wege.

Die Folgen müssen bedacht werden: Neue Aufgaben der Schulleitungen, für die sie bisher nicht systematisch ausgebildet und qualifiziert wurden, entstehen.

Qualität durch Wettbewerb

- Endlich sollte ins Bewusstsein dringen: Der Wettbewerb ist nicht der natürliche Feind der Schule oder der Bildungspolitik.

Wettbewerb ist die Suche nach der besseren Lösung.

Er regt an, die eigenen Fähigkeiten zu entwickeln, um ein noch besseres Ergebnis zu erreichen. Ich meine also: Wettbewerb fördert Qualität.

Deshalb bejahe ich aus grundsätzlichen Überlegungen und mit großer innerer Überzeugung den föderalen Wettbewerb der Bundesländer, auch und gerade in der Schul- und Bildungspolitik.

Ich empfehle, Prof. Scheer, dem Direktor des Instituts für Wirtschaftsinformatik an der Universität des Saarlandes zu folgen, der kürzlich mit Blick auf den Föderalismus und die Folgen aus PISA vor dem Irrweg der Zentralisierung gewarnt und geschrieben hat (WELT, 6.12.2002): *"Dezentralität kann eine hohe Dynamik entfalten, wenn ihre Vorteile genutzt und nicht konterkariert werden."*

Wettbewerb darf man aber nicht nur rhetorisch bejahen, man muss ihn auch wollen und verwirklichen.

- Die KMK muss deshalb möglichst viele neue Wege eröffnen und sich aus vielen kleinen Entscheidungen heraushalten. Sie muss hier den Bundesländern noch mehr Freiraum für eigene Lösungen geben und sie muss sich auf den Rahmen beschränken – wie wir als Ministerium gegenüber den Schulen.

8. Lehrerinnen und Lehrer

Als letzten und für mich einen der wichtigsten Punkte nenne ich die Lehrkräfte.

Der Grund dafür liegt in einer Einsicht, die Ewald Terhart in seinem Buch

"Nach PISA" in die Worte gekleidet hat: *"Schulqualität entsteht zu einem hohen Anteil aus Unterrichtsqualität"* (Hamburg 2002, S. 80). Wenn Schulqualität Unterrichtsqualität ist, wenn aber Unterrichtsqualität von den Lehrkräften abhängt, dann steht und fällt die Verbesserung der Qualität der Schule mit den Lehrkräften.

Weil sie eine solche Schlüsselstellung für die Förderung des Nachwuchses einer Gesellschaft und damit deren Zukunft haben, haben sie in meisten Kulturen und Nationen besonderes Ansehen. Das war auch in unserem Land sehr lange der Fall.

Lehrer standen an der Spitze der Ansehensskala der Berufe. Das hat sich aus einer Fülle von Gründen geändert. Dies ist eine der Ursachen unserer Probleme und in jedem Fall schädlich.

Wir müssen das Ansehen der Lehrkräfte wieder erhöhen und deshalb ist unsere geplante Image-Kampagne richtig und notwendig.

Die Aufgabe reicht aber darüber hinaus: Wir müssen dazu beitragen, dass ihnen Respekt entgegengebracht wird. Und wir müssen ihre Ausbildung verbessern, damit künftig die Besten eines jeden Abiturjahrgangs es attraktiv finden, sich dieser schönen Aufgabe zu widmen.

Zu den in der Wirkung sicher unterschätzten Unterschieden zwischen uns und Finnland gehört die ganz andere Auswahl der Lehrkräfte!

Wir brauchen eine Lehrerausbildung, die Fachwissenschaft und Fachdidaktik, Theorie und Praxis enger miteinander verzahnt; die auch die erzie

hungswissenschaftlichen Teile der Aus- und Fortbildung stärker an der Praxis orientiert.

Auf eine völlig neue Grundlage muss der Erhalt der Qualifikation der Lehrkräfte während der Berufstätigkeit gestellt werden; eine Expertenrunde in Hessen hat dazu das interessante Modell einer berufsbegleitenden Lehrerbildung vorgeschlagen.

Die zahlreichen Neueinstellungen von Lehrkräften in den letzten Jahren haben sicher einen Innovationsschub bewirkt oder können ihn bewirken.

Wir wollen mit den Hochschulen Konzeptionen entwickeln, wie sie der Lehrerbildung und den Anforderungen des Lehrerberufs und der Schule wieder den Platz zukommen lassen, der ihr nach dem Anteil der Lehramtsstudenten unter den Studenten in den einzelnen Fächern zusteht.

9. Gemeinsame Verantwortung für Bildung

Alle Anstrengungen des Staates und der Politik werden aber wenig bewirken, wenn nicht die ganze Gesellschaft ihr Herz für die Bildung entdeckt, und zwar dauerhaft.

Alle Beteiligten sind gefordert, ihren Beitrag zu erbringen.

Lehrkräfte durch guten Unterricht und Zuwendung zum Schüler.

Eltern durch gute Erziehung und Unterstützung der Schule.

Schülerinnen und Schüler durch die Betrachtung der Schule als Hauptsache.

Auch Interessenverbände der Eltern und Lehrkräfte, Schülerorganisationen, Unternehmen und Verbände der Wirtschaft, auch Medien sind gefordert. Schule sollte nicht nur dort Aufmerksamkeit und Berichterstattung finden, wo sie Probleme bereitet. Vorbildliche Anstrengungen, die in vielen Schulen erbracht werden, verdienen Würdigung und Anerkennung.

Deshalb lade ich alle ein, sich an der Verbesserung der Qualität der Schule zu beteiligen.

Berufliche Bildung

Die Verbesserung der Qualität der schulischen Bildung, die Stärkung der Grundkenntnisse und Basiskompetenzen – gerade in den sprachlichen, mathematischen und naturwissenschaftlichen Bereichen – festigt zugleich die Fundamente für den weiteren Bildungsweg des Einzelnen. Sie erleichtert den aufnehmenden Institutionen – in der beruflichen Ausbildung ebenso wie in den Hochschulen – die Arbeit. Diese können wieder auf einem sicheren Fundament aufbauen, Kenntnisse voraussetzen und müssen nicht nacharbeiten, was versäumt wurde. Das schafft die Voraussetzung für ein Gelingen der weiteren Etappen, für weniger abgebrochene Lehren und Studien. Wir müssen stärker in diesen Zusammenhängen denken.

Das deutsche Berufsbildungssystem mit seiner Verbindung von Theorie und Praxis wird zu Recht gerühmt. Wir haben ihm u.a. einen verhältnismäßig geringeren Stand der Jugendarbeitslosigkeit zu verdanken. Es

leistet einen Beitrag dazu, dass es in Deutschland ein qualifiziertes Arbeitskräftepotential gibt. Das sichert Wachstumschancen und Wettbewerbsfähigkeit.

Die Verbesserung der Fundamente hilft, diesen positiven Standortfaktor zu sichern und den jungen Menschen, die das berufliche Bildungswesen absolvieren, dessen Vorteile dauerhaft zu erhalten.

Zweifellos gibt es dennoch auch im Bereich der beruflichen Bildung neue Herausforderungen.

Um den Reformstau in der beruflichen Bildung auflösen zu können, erwarten die Länder die Novellierung des Berufsbildungsgesetzes.

Nach der Erklärung mit den Wirtschaftsverbänden sind Themen wie die Straffung der Aus- und Weiterbildung, die Anrechnung von Bildungsleistungen, die Qualitätssicherung und die Internationalisierung dabei von Bedeutung.

Ggf.: internationale Anerkennung der dualen Ausbildungsabschlüsse als (fach-)hochschulzugangsberechtigt, z. B.

- zweijährige Fachschulen in bestimmten Berufsfeldern.

Hochschulen

Das Hochschulwesen in Deutschland befindet sich im Wandel. Auch hier heißen die Stichworte bzw. Leitlinien Wettbewerb, Profilbildung und Vergrößerung der Freiräume; sie sollen die Hochschulen fit machen für die Globalisierung.

Dieses ist ein "weites Feld", das hier nicht ausgeschritten werden kann. Ich beschränke mich auf aktuelle Schwerpunkte.

Dabei steht auch die Hochschulzulassung auf dem Prüfstand. In der Kultusministerkonferenz gehen die Überlegungen einerseits dahin, den Hochschulen für einen deutlich höheren Anteil der Studienplätze die Auswahl der Studierenden selbst zu überlassen. Dadurch wird das Auswahlrecht der Hochschulen gestärkt. Gleichzeitig wird die Verantwortung der Hochschulen für die von ihnen ausgewählten Studierenden hervorgehoben und eine Reduzierung der zu hohen Studienabbrecherquote angestrebt.

Andererseits wird neben dem Auswahlrecht der Hochschulen das Recht der Studieninteressenten betont, an der Hochschule ihrer Wahl studieren zu können. Möglich erscheint eine Verbindung der beiden Vorstellungen im Rahmen einer Experimentierklausel.

Es ist vorgesehen, darüber im März eine Grundsatzentscheidung zu treffen.

Im Zusammenhang mit der Neuordnung der Hochschulzulassung geraten auch die Verfahren der Kapazitätsermittlung und das Kapazitätsrecht verstärkt in den Blickpunkt.

Die durch die Rechtsprechung vorgegebene erschöpfende Nutzung der vorhandenen Kapazitäten führt in NC-Fächern zu oftmals erheblichen Einschränkungen der Hochschulen bei der Festlegung von Forschungsschwerpunkten. Das schadet dem Forschungsstandort Deutschland.

Daher ist eine Weiterentwicklung des Kapazitätsrechts unter dem Aspekt der Gestaltungsmöglichkeiten für die Länder und Hochschulen notwendig; Ende des Jahres soll eine Grundsatzaussprache zu diesem Themenkomplex stattfinden.

Deutsche Bildungseinrichtungen unterhalten viele partnerschaftliche Kooperationen mit ausländischen Einrichtungen. Aber es besteht auch ein Wettbewerb zwischen den Einrichtungen und den Systemen – ein Wettbewerb um die besten Köpfe, um Studenten und Professoren.

Wir wollen qualifizierte ausländische Studenten gewinnen. Zurzeit studieren etwa 120.000 ausländische Studierende an deutschen Hochschulen.

Das ist eine große Zahl, aber damit liegen wir deutlich hinter den Vereinigten Staaten und Großbritannien. Aus einigen Staaten zieht es nur wenige Bewerber nach Deutschland.

Wir müssen uns verstärkt bemühen, junge Menschen aus den USA, Großbritannien, Australien und Neuseeland, aber auch dem asiatischen Raum zu gewinnen.

Das setzt voraus, dass wir das Studium in Deutschland attraktiv machen: als eine Chance zur Entfaltung der eigenen Begabungen, wegen der interessanten Köpfe.

Und: Die neuen deutschen Abschlüsse wie Bachelor- und Mastergrade müssen in den erwähnte angloamerikanischen Bildungssystemen und auf den dortigen Arbeitsmärkten mindestens so viel Anerkennung finden wie die bisherigen Abschlüsse.

Weil die neuen Abschlüsse akzeptiert und international anerkannt werden sollen, werden noch in der ersten Jahreshälfte die Grundlagen für die Einrichtung und strukturelle Ausgestaltung der Bachelor- und Masterstudiengänge vorgelegt.

Das moderne Studiensystem wird an international kompatiblen Strukturen ausgerichtet sein, die Profilbildung und den Wettbewerb der Hochschulen untereinander fördern und von einem wissenschaftsnahen Qualitätssicherungssystem begleitet sein.

Zur Internationalität gehört auch, dass ausländische Hochschulen in Deutschland aktiv werden. Diese an sich erfreuliche Entwicklung hat auch Schattenseiten, denen im Interesse der Qualitätssicherung der Hochschulabschlüsse und zum Schutz der Bildungswilligen vor unseriösen Anbietern entgegengetreten werden muss.

Hier sind insbesondere sog. Franchise-Modelle zu nennen, bei denen ausländische Hochschulen Grade verleihen für Ausbildungen an deutschen Einrichtungen, die nach deutschem Recht keine Hochschulen sind und damit auch keine Grade verleihen dürfen.

Dieses Feld wird im kommenden Jahr aufgearbeitet; dabei sollen unter Berücksichtigung der internationalen Diskussion Grundsätze für die Kooperation ausländischer und inländischer Bildungseinrichtungen entwickelt werden.

Ggf.: Stichwort: Forschungsförderung

- keine Kürzung bei Großforschungseinrichtungen

Ggf.: Stichwort Weiterbildung: Stiftung Bildungstest

Ggf. Stichwort Kultur: Kulturföderalismus

- Kollegin Ministerin Wagner

Anrede

Wir stehen hier im Festsaal des Bundesrates. Das mag hier als Symbol für das föderale Gefüge unseres Landes stehen.

Wir stehen aber auch auf historischem Boden. Denn in diesem Gebäude tagte das Preußische Herrenhaus. Der Blick wird damit auf die preußische Geschichte gelenkt, aus der ich nur einen kleinen Ausschnitt ansprechen kann:

Preußen war in der Weimarer Republik eine demokratische Festung. Den Feinden der Demokratie war es ein Dorn im Auge. Der Staatsstreich vom 20.7.1932 gegen die demokratische Regierung Preußens gehört in die Vorgeschichte der Etablierung der NS-Diktatur, deren Beginn sich in den nächsten Tagen zum 70. Mal jährt.

An jenem 30. Januar vor 70 Jahren wurde den Nationalsozialisten die Macht übertragen und damit die Gelegenheit gegeben, ihr Programm des Unrechtsstaats, des Hasses, der Gewalt und des Kriegs umzusetzen. An diesem Tag begann die Katastrophe, die so viele Opfer verlangt hat.

Aus der Erinnerung erwächst die Aufgabe an uns, stets Menschenrechte und Menschenwürde zu schützen.

Auch jede neue Generation, die in den Schulen ausgebildet wird, steht in dieser Pflicht.

Ein weiterer Gedenktag verlangt unserer Aufmerksamkeit in diesem Jahr: Wir erinnern uns an den 17. Juni 1953, den Volksaufstand in der DDR, als zum ersten Mal nach dem Krieg im sowjetischen Machtbereich Menschen für ihre Freiheit demonstrierten.

Dieser Mut, dieser Einsatz für die Freiheit, die Selbstbestimmung und die nationale Einheit ist zu würdigen. Dieser Tag verdient einen herausgehobenen Platz in der Geschichte der Freiheit in Deutschland.

In der Geschichte stehen Menschen immer wieder vor Herausforderungen. Sie erweisen sich ihnen gewachsen oder auch nicht. In dem einen Fall wird ihnen im Rückblick Bewährung, manchmal auch Größe oder Vorbildlichkeit zugesprochen. Im andern Fall haben wir es mit Scheitern, Misserfolg oder Versagen zu tun.

Auch wir stehen heute vor Herausforderungen. Wir müssen ein leistungsfähiges Bildungswesen gestalten und die Bildung junger Menschen verbessern, und zwar im Interesse dieser jungen Generation und ihrer Zukunftschancen, aber auch im Interesse des Landes. Denn Bildung ist die Voraussetzung für Fortschritt. Bildung ist die Basis für Demokratie und Humanität. Das rechtfertigt und verlangt jeden Einsatz. Ich hoffe, dass man uns im Rückblick einmal bestätigen kann, im Interesse der jungen Menschen und unseres Landes das Bestmögliche geleistet und bewirkt zu haben.